Gewerkschaft lanciert Mindestlohn-Initiative im Baselbiet

22 Franken Stundenlohn Im Vergleich zu Basel-Stadt soll im Landkanton härter durchgegriffen werden. Die Unia will einen Mindestlohn (fast) ohne Ausnahmen.

Leif Simonsen

Im Kanton Basel-Stadt gibt es seit vergangenem Juli einen gesetzlichen Mindestlohn. Nun soll der Kanton Baselland folgen. Die Gewerkschaft Unia lanciert eine Volksinitiative mit dem Titel «22.- Mindestlohn im Baselbiet». «Rund vier Prozent der Beschäftigten im Baselbiet verdienen unter 22 Franken pro Stunde. Das entspricht 60 Prozent des Medianlohns», schreibt die Gewerkschaft in einer Medienmitteilung. Unia-Sprecherin Daria Frick spricht von «mehreren Branchen mit und ohne Gesamtarbeitsvertrag», in denen häufig weniger bezahlt würde.

«Wir sprechen hier vor allem vom Sozial- oder Gesundheitswesen», sagt sie – Branchen also, in denen es keine Gesamtarbeitsverträge (GAV) gibt. Aber auch ein GAV schütze nicht vor Stundenlöhnen unter 22 Franken; solche gebe es etwa bei den Bäckerinnen, Konditorinnen oder Metzgern.

In Baselland soll der Mindestlohn mehr oder weniger flächendeckend eingeführt werden. Der Gesetzestext sieht einzelne Ausnahmen vor. Beispielsweise sollen zeitlich befristete Praktika, Ferienjobs, Familienbetriebe sowie einige Landwirtschaftsbetriebe davon ausgenommen sein. Was die Unia nicht will, ist ein «schwammiges Gesetz», wie es der Stadtkanton kennt. Hier sind beispielsweise all jene Branchen vom Mindestlohngesetz ausgenommen, in denen ein Gesamtarbeitsvertrag existiert. Frick sagt: «Das in Basel-Stadt eingeführte Gesetz betrifft somit nur ein paar wenige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.»

Unterstützt wird die Unia-Initiative von der Baselbieter SP. Kantonalpräsidentin Miriam Locher sagt: «Es muss auch im Baselbiet möglich sein, bei einer Vollzeitbeschäftigung einen Lohn zu haben, der zum Leben reicht. Dazu braucht es ein Umdenken von Wirtschaft und Gesellschaft.»

Abschreckendes Beispiel Basel-Stadt

Das sehen die Arbeitgeberverbände anders. Dominik Rieder, Geschäftsführer von Arbeitgeber Baselland, hält von der Initiative «gar nichts», wie er auf Anfrage sagt – «vor allem nicht jetzt». Die KMU könnten derzeit ihre Stellen nicht besetzen, und es könne nicht davon ausgegangen werden, dass sich das angesichts der demografischen Entwicklung ändere. «Für diese Herausforderung brauchen wir Lösungen. Der Mindestlohn ist keine», sagt Rieder. Sollte künftig der Kanton und nicht die Sozialpartner für den Mindestlohn verantwortlich sein, fürchtet er um den Arbeitsfrieden in der Schweiz, «um den uns viele beneiden».

Als geradezu kontraproduktiv stuft der Arbeitgeberverband Region Basel die Forderung nach einem kantonalen Mindestlohn ein. Mit Verweis auf die Erfahrungen in Basel-Stadt sagt dessen Sprecher Frank Linhart: «Politisch festgesetzte Mindestlöhne gefährden Arbeitsstellen.» Ausgerechnet jene Jobs, die man zu schützen vorgebe. Das zeige sich im Stadtkanton, wo ein Taxifahrergeschäft aufgegeben wurde, weil der Unternehmer das finanzielle Risiko nicht mehr tragen konnte. Nun sind die Taxifahrer dieses Betriebes selbstständig – nur so kann die Motivation aufrechterhalten werden, möglichst viel Umsatz zu machen.

Auch in Niedriglohnbranchen sollen die Arbeitnehmer in Baselland einen gesetzlich festgelegten Stundenlohn bekommen, findet die Gewerkschaft Unia. Foto: gms

Unia will keinen Kompromiss

Doch auch in anderen Bereichen würden Stellen eliminiert, ist Linhart überzeugt. So brauche es gerade auch Arbeitsstellen für Personen, die beispielsweise wieder in die Arbeitswelt einsteigen möchten, für Ungelernte oder für solche, die etwas hinzuverdienen wollten – Gelegenheitsjobs etwa.

Was die Wirtschaftsverbände zuversichtlich stimmen dürfte: Sie haben die Unterstützung der Baselbieter Regierung sowie des Landrats. Die letzten beiden parlamentarischen Vorstösse zum Thema wurden klar abgelehnt.

Die Beratung der Unia-Initiative wird indes in die nächste Legislatur fallen. Vielleicht verschieben sich ja nach den Kantonalwahlen vom 12. Februar die Kräfteverhältnisse. Darauf scheint die Gewerkschaft zu hoffen. Klein beigeben will sie jedenfalls nicht. Für einen «schwammigen» Gegenvorschlag wie in der Stadt ist die Unia nicht zu haben, wie Frick betont. «Es braucht keine weiteren Ausnahmen, und die Höhe des Mindestlohns ist anhand der Beiträge von AHV und IV berechnet», sagt sie. «Wenn er tiefer angesetzt wird, verfehlt er seinen Zweck.»

Jansen pur

Der inhaltsleere Wahlkampf

Im Baselbieter Regierungswahlkampf scheinen die Kandidierenden die maximale Verschleierung des eigenen Profils anzustreben.

In zwei Wochen ist Wahltag im Baselbiet. Es gibt wohl keinen Tag, der die Politik meines Heimatkantons in den nächsten vier Jahren so stark prägen wird wie dieser. Die überwältigende Mehrheit der politischen Entscheidungen wird auch in der kommenden Legislatur nicht direkt von der Stimmbevölkerung getroffen, sondern von den Personen und Parteien, die an diesem Sonntag triumphieren.

Wenn man die politische Debatte verfolgt, spürt man diese Wichtigkeit nur bedingt. Während wir uns bei Abstimmungen monatelang in politischen Detailfragen verlieren, plätschert der kantonale Wahlkampf erstaunlich inhaltsleer dahin. Natürlich gibts Wahlplakate, Flyer und Inserate, und die Medien berichten über Wahlchancen und mögliche Sitzverschiebungen. Doch detaillierte politische Statements oder Debatten bleiben die Ausnahme.

Besonders irritierend ist dabei der Regierungswahlkampf. Statt der Bevölkerung eine möglichst informierte Wahl zu ermöglichen, scheinen einige Kandidat*innen auf das Gegenteil zu zielen: die maximale Verschleierung des eigenen politischen Profils. Man bleibt bei Floskeln: Vorwärts statt rückwärts! Liefern statt labern! Das ist alles schön und gut, doch vorwärts wohin? Und was soll überhaupt geliefert werden?

Man mag nun einwenden: Regierungsratswahlen seien Persönlichkeitswahlen, da gehe es nicht so sehr um die Inhalte. Dies mag für einige so stimmen, doch die Stimmbevölkerung sollte zumindest die Möglichkeit haben, bei einer politischen Wahl politische Positionen ins Zentrum zu stellen. Schliesslich geht es um die Besetzung der Regierung und nicht um eine Castingshow, bei der wir sympathische Persönlichkeiten für eine Popband finden müssen.

Das Wahlprogramm mancher Parteien beschränkt sich auf einige Schlagworte auf einem Flyer.

Doch betrachten wir den Wahlkampf der rechtskonservativen Allianz, könnte man genau diesen Eindruck gewinnen: Auf der gemeinsamen Website ist kein einziges inhaltliches Argument aufgeführt. Auch auf der Wahlhilfe Smartvote, auf der sich Wähler*innen ein genaues Bild der Kandidat*innen machen können, sucht man das rechte Trio vergebens. Die Begründung dafür kommt ziemlich plump daher: Man wolle so eine Verletzung des Kollegialitätsprinzips verhindern.

Folgt man dieser Logik, müssten wir gänzlich auf Regierungswahlen verzichten, weil die Parteizugehörigkeit und das bisherige Engagement immer Rückschlüsse auf Positionierungen in der Regierung zulassen. Diesen Traum des komplett inhaltsleeren Wahlkampfs scheint insbesondere SVP-Hardlinerin Sandra Sollberger zu hegen: Wie zahlreiche Medien berichteten, scheut die Regierungskandidatin nicht nur Smartvote, sondern auch Wahlpodien und politische Streitgespräche.

Ein solches Verstecken der eigenen Positionen ist für mich eine politische Bankrotterklärung. Doch wir müssen auch die strukturellen Verhältnisse anerkennen, die die unehrliche Sollberger-Strategie heute fördern. Regierungswahlen werden heute im Majorzsystem durchgeführt. Wer aufs Siegertreppchen will, braucht Stimmen jenseits des eigenen politischen Lagers. Das Verzichten auf pointierte Äusserungen mag vor diesem Hintergrund attraktiv scheinen.

Damit Politiker*innen mit dieser strategischen Selbstauflösung nicht durchkommen, braucht es starke regionale Medien, welche eine sollbergersche Strategie nicht nur offenlegen, sondern die inhaltlichen Lücken mit Recherchen schliessen. Dies gilt übrigens nicht nur für die Regierungsratswahlen, sondern auch für die Parlamentswahlen: Die SP hat für diese Wahlen ein rund 50-seitiges Programm vorgelegt, welches medial kaum Beachtung fand. Gleichzeitig beschränkt sich das Wahlprogramm anderer Parteien auf einige Schlagworte auf einem Flyer.

Als Partei darf man damit nicht durchkommen. Es ist die Aufgabe der Medien als vierter Gewalt, hier den Finger in die Wunde zu legen und die Einhaltung der Wahlversprechen anschliessend auch zu überprüfen. Heute fehlen vielen Medien die Ressourcen dafür. Hier braucht es politische Massnahmen, die den Regionaljournalismus als vierte Gewalt stärken.

Doch kurzfristig lässt sich dieses Problem nicht beheben. Es liegt an uns Landrats- und Regierungskandidat*innen, unsere Verantwortung wahrzunehmen und unsere Positionen transparent offenzulegen und möglichst viele Menschen zur Wahl zu motivieren. Dazu will ich auch diese Kolumne nutzen: Gehen Sie wählen, und sprechen Sie mit Ihrem Umfeld! Machen Sie sich ein Bild der Kandidat*innen, auch wenn es mühsam ist.

Ronja Jansen
SP-Landrätin und BaZ-Kolumnistin